

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeister Thölke eröffnet die Sitzung, stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Rat beschlussfähig ist. Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2009

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung vom 23.09.09 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Thölke bedankt sich bei den Ratsmitgliedern, die die Betreuung des Lagerplatzes während der Laubnahmeaktion übernommen haben und für deren Beköstigung durch andere Ratsmitglieder.

Außerdem bedankt er sich bei Hartmut Hentschel für die Beschaffung und das Schmücken des Weihnachtsbaumes vor dem Kindergarten.

Das Grundstück in Spechtshorn, das mehrfach in der Kritik stand, ist mittlerweile vom Ehepaar Niebuhr gekauft worden. Es ist beabsichtigt, im Frühjahr dort ein Haus zu errichten.

TOP 4 Bericht des Gemeindedirektors und Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

a) Grünfläche Trambalken

Die Grünfläche am Regenrückhaltebecken im Trambalken ist eine Ausgleichsfläche gewesen. Insofern müssen die eingegangenen Bäume ersetzt werden.

b) Geschwindigkeitsmessanlage

Die Samtgemeinde Lachendorf hat eine Geschwindigkeitsmessanlage beschafft. Diese ist jetzt einsatzbereit. Sofern das Gerät in Hohne aufgestellt werden soll, müsste dies mitgeteilt werden. Zunächst wird die Anlage in Beedenbostel an der Landesstraße aufgehängt.

c) Hundesteuer

In letzter Zeit ist es vermehrt vorgekommen, dass Personen, die zwei oder mehr Hunde halten, die Anmeldungen für diese Hunde verändern. So ist die Steuer für den zweiten und dritten Hund höher als für den ersten Hund. Daher werden die Hunde auf die Familienangehörigen verteilt. Damit sind es alles erste Hunde und es fällt die niedrigere Steuer an. Diesem Umstand sollte begegnet werden, da sonst die „Ehrlichen wieder die Dummen“ sind und dies nicht hinzunehmen ist. Daher wird die Verwaltung zur nächsten Ratssitzung einen Vorschlag für eine Satzungsänderung erarbeiten.

d) Steuereinnahmen

Der Niederschrift wird eine Übersicht über die Steuereinnahmen mit Stand Ende 3. Quartal beigelegt.

e) Rückbau Wirtschaftswege

In der letzten Sitzung ist darüber diskutiert worden, Wirtschaftswege wieder zurückzubauen und dies über eine Förderung durch die ZILE-Richtlinie fördern zu lassen. Nach der Richtlinie ist jedoch ein Rückbau von Wirtschaftswegen so nicht vorgesehen.

TOP 5 Beschlussfassung über den Verkauf der gemeindeeigenen bebauten Grundstücke Bornkamp; Antrag der SPD-Fraktion

Vorlage: 0139/09/HRAT

Ratsmitglied Hentschel begründet den Antrag der SPD-Fraktion damit, dass die Kosten für die Anlagen nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Im Übrigen ist auch die Bereithaltung von solchen Unterkünften nicht Aufgabe der Mitgliedsgemeinde. Darüber hinaus gibt es auch mit einem der Mieter noch Probleme. Insofern wäre der Verkauf sinnvoll.

Ratsmitglied Kuhls weist darauf hin, dass dann aber ein Preis vorher festgelegt werden muss.

Ratsmitglied Harms fragt danach, wie die Situation sich anschließend mit den Mietern darstellt und ob diese dann möglicherweise anders untergebracht werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Teil der Mieter Interesse am Ankauf der Grundstücke hat und andere Mieter erst dann die

Wohnung verlassen müssen, wenn Eigenbedarf angemeldet wird. Dies dürfte bei diesen Wohnungen relativ unwahrscheinlich sein.

Nach weiterer Diskussion wird sodann folgender Beschluss gefasst:

Die Gemeinde Hohne verkauft die Grundstücke Bornkamp gegen Höchstgebot. Im Mitteilungsblatt ist eine Anzeige zu schalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Verkauf nur dann erfolgt, wenn das Angebot auskömmlich ist. Die abschließende Entscheidung trifft der Rat.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

TOP 6 Beschlussfassung zur möglichen Verkehrsberuhigung im Ahsbecker Weg

Vorlage: 0129/09/HRAT

Bürgermeister Thölke und 1. stellv. Bürgermeisterin Harms sind im November von Haus zu Haus gegangen, nach vorheriger Anmeldung und haben mit den Anliegern in der Königsberger Straße und dem Ahsbecker Weg die Situation erörtert. Darüber ist ein Vermerk angefertigt worden. Dieser ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Ahsbecker Weg ist festzustellen, dass die Anlieger für eine Sicherung des Gehweges sich ausgesprochen haben. In der Königsberger Straße ist dies als nicht zwingend notwendig angesehen worden.

Ratsmitglied Harms erklärt sodann, dass die CDU-Fraktion sich gegen die Pollerlösung auf der Gehwegseite ausgesprochen hat und vielmehr dafür plädiert, den Seitenraum auf der gegenüberliegenden Seite so zu verändern, dass die freie Sicht eingeschränkt wird und dadurch der Verkehr gebremst wird. Darüber hinaus sollen die Markierungen auf der Fahrbahn mit dem Hinweis „30 km/h“ erneuert werden.

Ratsmitglied Wiegmann ergänzt, dass Rückbaumaßnahmen o. ä. zu höheren Kosten führen würden. Insofern wäre dies nicht Ziel führend.

Ratsmitglied Rohde erklärt für die SPD-Fraktion, dass es in erster Linie um den Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer auf dem Gehweg geht. Daher ist eine Sicherung des Gehweges zwingend erforderlich. Insofern plädiert er dafür, dort auf jeden Fall Poller aufstellen zu lassen. Gleichzeitig könnten allerdings Einengungen an bestimmten Stellen vorgenommen werden, mit der dann die höheren Geschwindigkeiten verringert werden können. An einen Rückbau der Fahrbahn ist keinesfalls gedacht.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion wird sodann auf Vorschlag von Bürgermeister Thölke folgender Beschluss gefasst:

Im Ahsbecker Weg werden auf der Gehwegseite Poller errichtet, die das Befahren des Gehweges durch den Durchfahrtsverkehr verhindern sollen. Auf der gegenüberliegenden Seite sollen, außerhalb der Fahrbahn, Bäume angepflanzt werden, um Einengungen in naturnaher Form zu ermöglichen. Die Markierung 30 km/h auf der Fahrbahn ist zu erneuern. Die Verwaltung wird gebeten, einen entsprechenden Plan zur nächsten Ratssitzung vorzulegen. Die Angelegenheit ist dann wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 7 Dagegen: 3 Enthaltung: 0

TOP 7 Ländlicher Wegebau; Beschlussfassung über Wege die gegebenenfalls zur Förderung angemeldet werden sollen

Vorlage: 0141/09/HRAT

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Christoph Düvel als Vertrauensmann des Landvolkes Hohne anwesend. Er führt zunächst aus, dass nach der Versammlung im Mai, an der auch viele Ratsmitglieder und die Verwaltung teilgenommen haben, noch eine Reihe von weiteren Gesprächen mit den Landwirten geführt worden sind. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass Verbindungswege zur Sanierung nicht vorgeschlagen werden können. In der Masse sind die Wege noch nicht so schlecht, dass sie saniert werden müssen; vielmehr ist hier nur eine partielle Reparatur in bestimmten Abschnitten notwendig. Darüber hinaus geht es den landwirtschaftlichen Betrieben derzeit sehr schlecht, da die Preise stark nachgegeben haben, während die Kosten nahezu unverändert geblieben sind. Insofern wäre es den Betrieben nicht mehr möglich, noch weitere Lasten zu tragen. Darüber hinaus haben die Verpächter der Flächen überhaupt kein Interesse an Kosten treibenden Maßnahmen, die ohnehin die vergleichsweise geringe Pacht aufzehren würden. Die Landwirte sind der Auffassung, dass ggf. später Ausbaumöglichkeiten

geprüft werden sollten. Zudem verweist er darauf, dass durch die Biogasanlagen und auch Tierhaltungsanlagen im Außenbereich die Anforderungen an die Wege sich verändert haben. Insofern müsste diesem vielleicht zukünftig Rechnung getragen werden.

Zum Flettmarschen Weg verweist er darauf, dass dieser Weg nur zum Beginn und zum Ende problematisch ist. Der mittlere Teil ist in einem verhältnismäßig guten Zustand.

Zum Oesinger Weg weist er darauf hin, dass dieser Weg nicht so sehr die landwirtschaftliche Bedeutung hat, sondern vielmehr eine Bedeutung für den Durchgangsverkehr nach Oesingen. Die Landwirte sind sich im Übrigen auch einig darüber, dass sie Reparaturen und Eigenleistungen in das Wegenetz einbringen wollen, so wie sie es bisher auch schon getan haben.

Ein Teil der Landwirte steht auch dem Projekt „Rückbau von Wegen“ positiv gegenüber. Bei entsprechender Gestaltung reichen solche Wege für die landwirtschaftliche Nutzung völlig aus.

Zudem plädieren die Landwirte dafür, die Veranlagungsgrundlagen zu ändern, damit auch s. g. Hinterliegergrundstücke erfasst werden können und zu den Kosten für die Maßnahme beitragen müssen.

Zudem verweist er darauf, dass nach neuester Rechtssprechung die Prozentsätze für die Verteilung des Aufwandes sich verändert haben. Sofern erhöhter Durchgangsverkehr stattfindet, können nicht die Landwirte den Großteil der Belastung alleine tragen. Hier wäre eine Satzungsänderung notwendig.

Im Anschluss daran ergibt sich eine ausführliche Diskussion, ob und welche Wege dann saniert werden sollten.

In diesem Zusammenhang macht Ratsmitglied Kuhls darauf aufmerksam, dass die Satzung dringend geändert werden müsste. Straßen, wo erhöhter Durchgangsverkehr herrscht, müssten so abgerechnet werden, dass nur noch die Hälfte der Kosten auf die Grundstückseigentümer entfallen. Eine solche Regelung hat es bereits im Rahmen des Projektes „Pro Land“ gegeben. Die Verwaltung verweist darauf, dass dies eine Besonderheit war, durch die Steuerung der Bewilligungsbescheide. Dies ist leider aber heute nicht mehr möglich.

Ratsmitglied Kuhls weist sodann noch darauf hin, dass die Grundstückseigentümer durch ihre Bereitschaft, einen Teil der Einnahmen aus der Windfarm Schmarloh in die Stiftung zu geben, auch nachhaltig für die Gemeinde tätig sind.

Bürgermeister Thölke macht darauf aufmerksam, dass diese Diskussion bereits vor acht Jahren geführt worden ist. Seinerzeit ist die gleiche Aussage auch getroffen worden, dass die Maßnahmen noch nicht notwendig sind. Nunmehr ist allerdings das nächste Förderprogramm angelaufen und endet bereits wieder im Jahre 2013. Insofern muss darüber nachgedacht werden, ob dieses Förderprogramm noch genutzt werden soll. Eine Anmeldung von Wegen ist ohnehin erst zum Jahr 2011 möglich.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion und Beratung beantragt Bürgermeister Thölke sodann Sitzungsunterbrechung. Diese wird einstimmig beschlossen.

Nach Ende der Sitzungsunterbrechung beantragt Ratsmitglied Harms sodann, den Beschluss dahingehend zu fassen, dass keine Entscheidung getroffen wird. Die Angelegenheit wird für die nächsten zwei Jahre vertagt. Danach wird das Wegenetz wieder angesehen und ggf. der Oesinger Weg hinsichtlich einer Maßnahme zum Rückbau bewertet.

Bürgermeister Thölke stellt sodann den Antrag, eine Anliegerversammlung für den Oesinger Weg durchzuführen, in die auch, soweit vorhanden, Hinterlieger einbezogen werden. Es soll geprüft werden, ob hier ein Rückbau möglich ist. Die Alternative für eine andersartige Veranlagung, die Hinterlieger einschließt, soll ebenfalls geprüft werden.

Daraufhin wird folgender Beschluss gefasst:

Es wird eine Anliegerversammlung für den Oesinger Weg durchgeführt, zu der auch, soweit vorhanden, Hinterlieger eingeladen werden. Es soll geprüft werden, ob hier ein Rückbau möglich ist. Die Alternative für eine andersartige Veranlagung, die Hinterlieger einschließt, soll ebenfalls geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 7 Dagegen: 3 Enthaltung: 0

TOP 8 Beschlussfassung über die Erteilung des Einvernehmens für eine Biogasanlage
Vorlage: 0142/09/HRAT

Zunächst erläutert GD Warncke, dass das Einvernehmen der Gemeinde nur versagt werden kann, wenn planungsrechtliche Gründe dem entgegenstehen. Diese sind allerdings in diesem Fall nicht erkennbar, da keinerlei Planungsvorhaben der Gemeinde in dem Bereich bekannt sind.

Allerdings hat, seitdem die Tierhaltungsanlagen im Außenbereich zunehmen und vermehrt Biogasanlagen an Wirtschaftswege errichtet werden sollen, die Verwaltung die Praxis dahingehend geändert hat, dass zunächst Aussagen über die erwarteten Transportmengen und Belastungen der Straße vorgelegt werden müssen und nach RST 01 bewertet werden, ob die Straßen diesen Belastungen standhalten können. Davon abhängig ist die Frage der Erschließungspflicht der Gemeinde. Sofern die Straßen die Belastungen nicht tragen können, wäre es u. U. notwendig, die Straße zu sanieren oder neu aufzubauen. Das wiederum würde erhebliche Kosten für die Anlieger und die Gemeinde verursachen. Bevor solch eine Maßnahme dann durchgeführt wird, müsste dann mit dem Investor verhandelt werden, ob dieser Teile oder die kompletten Kosten dafür übernehmen kann. Diese Bewertung liegt derzeit noch nicht vor. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine landwirtschaftlich privilegierte Anlage handelt, die zu genehmigen ist, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Daraufhin ergibt sich eine kurze Diskussion, in der danach gefragt wird, was bei Erweiterung dieser Anlage zukünftig passiert. Dies wird verdeutlicht.

Daraufhin wird folgender Beschluss gefasst:

Das Ergebnis der Untersuchung nach RST 01 ist abzuwarten. Sollte sich ergeben, dass die Straße die ausgerechnete Tragfähigkeit besitzt und den zukünftigen Belastungen standhalten wird, ist das Einvernehmen zu erteilen. Andernfalls ist es wieder in den Rat zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

Hinweis: Ratsmitglied Harms war gem. § 26 NGO befangen.

TOP 9 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010 und den Haushaltsplan einschließlich Anlagen und Bestandteilen

Vorlage: 0140/09/HRAT

Bürgermeister Thölke schlägt vor, die Haushaltsberatung so vorzunehmen, dass das Investitionsprogramm durchgegangen wird und dann Fragen zum laufenden Aufwand gestellt werden können. Er verweist darauf, dass die Ansätze im Wesentlichen stabil sind. Insofern wäre ein Durchgehen des Haushaltes Seite für Seite nicht notwendig.

Es wird dann die **Investitionsliste** durchgegangen.

Zum Projekt 25200001 wird danach gefragt, ob die Dachsanierung wirklich zwingend notwendig ist. Eine abschließende Untersuchung liegt derzeit nicht vor. Daraufhin wird vereinbart, dass die Mittel im Haushalt verbleiben, allerdings, bevor ein Auftrag oder eine Zusage erteilt wird, zunächst die Aussage eines Fachmannes eingeholt wird, ob eine Sanierung des Daches in der vorgeschlagenen Form zwingend notwendig ist.

Zum Projekt 54100002 wird darauf verwiesen, dass noch eine Anliegerversammlung durchzuführen ist.

Das Projekt 55500001 wird aus dem Investitionsplan entnommen, da ein Beschluss zur Anmeldung von Wegen nicht gefasst wurde. Wege im Jahr 2010 zu sanieren ist ohnehin nicht mehr möglich, wenn eine Förderung dafür beantragt werden soll.

Zum Projekt 54500001 wird beantragt, den Mittelansatz von 3.000 € auf 10.000 € zu erhöhen. Dies wird einstimmig beschlossen.

Sodann wird noch kurz auf das Projekt 55500002 verwiesen, dass im Haushalt auf jeden Fall verbleiben soll, um handlungsfähig zu bleiben.

Damit ist die Beratung des Investivteiles abgeschlossen. Sodann wird ausführlich über die Frage der Steuererhöhung diskutiert. Die Verwaltung macht deutlich, dass im Jahr 2008 die Kommunen das höchste Steuereinnahmeergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik gehabt haben. Wenn man sich den Haushalt Hohne ansieht, wird auch hier dennoch eine Unterdeckung im

Jahresergebnis erzielt. Das heißt, dass die Steuereinnahmen selbst im besten Jahre nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Dies liegt natürlich auch an den hohen Umlagen, jedoch auch an den freiwilligen Leistungen, die auch die Gemeinde Hohne tätigt. Insofern ist also zu erwarten, dass die Aufsichtsbehörde hier verstärkt Druck ausüben wird. Im Übrigen können die zwar recht hohen Steuerhebesätze nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gemeinde Hohne auch besondere Belastungen aus der Grabenräumung übernommen hat.

Außerdem wird erläutert, dass in Beedenbostel und Eldingen die Steuerhebesätze um jeweils 20 bzw. 30 Punkte angehoben worden sind. Obwohl diese Haushalte strukturell für das Jahr 2008 noch wesentlich besser aussehen, als der Haushalt der Gemeinde Hohne.

Sodann wird ausführlich darüber diskutiert, ob die Steuern erhöht werden sollen oder nicht. Ratsmitglied Harms erklärt, dass eine Steuererhöhung bei den ohnehin schon hohen Sätzen nach ihrer Auffassung nicht in Betracht kommt.

Ratsmitglied Rohde ergänzt, dass möglicherweise Teile der freiwilligen Aufgaben auch aus der Stiftung heraus finanziert werden könnten.

Dies wird unterstützt von Ratsmitglied Kuhls, der ausführt, dass strukturell untersucht werden müsste, welche Aufgaben über die Stiftung erledigt werden können. Die Verwaltung entgegnet, dass dies nur für neue Aufgaben gelten kann, jedoch nicht für laufende Maßnahmen, die ohnehin schon im freiwilligen Bestand der Gemeinde sind.

Bürgermeister Thölke weist darauf hin, dass die Belastungen für die Bürger auch im Jahr 2010 wieder steigen werden. Insofern sollte die Gemeinde sich hier nicht auch noch daran beteiligen. Im Übrigen ist das hier ein strukturelles Problem, das nicht die Gemeinde verursacht hat, sondern die übergeordneten Ebenen.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Die Steuerhebesätze verbleiben auf dem Niveau von 2009.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

Anschließend lässt er über den Gesamthaushalt abstimmen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Haushalt wird in der vorgelegten Form mit den Änderungen, wie zuvor aufgenommen, beschlossen.

**Haushaltssatzung
der Gemeinde Hohne
für das Haushaltsjahr 2010**

Aufgrund der §§ 6, 40 und 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Hohne in seiner Sitzung am 3.12.2009 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

- 1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
- 1.1 der ordentlichen Erträge auf 1.014.700
- 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 1.211.000
- 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 15.000
- 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 0
- 2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
- 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 851.600

2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	995.800
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	37.000
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	225.000
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	188.000
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	10.500

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	1.076.600
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	1.231.300

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **188.000 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **0 €** festgesetzt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt.

1. Grundsteuer	
a) für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	430 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	360 v.H.
2. Gewerbesteuer	350 v.H.

Lachendorf, den 03.12.2009

Gemeinde Hohne

Warncke
Gemeindedirektor

Die übrigen Bestandteile und Anlagen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

TOP 10

Terminplanung

Es wird auf den Sitzungsplan verwiesen.

TOP 11

Anfragen und Mitteilungen

a) plattdeutscher Abend

Ratsmitglied Szeppke berichtet, dass Spenden in Höhe von 60 € beim plattdeutschen Abend eingegangen sind. Diese werden bei der Samtgemeinde zu Gunsten der Bücherei Hohne eingezahlt.

b) Präsentation dritter Band Hohner Dorfgeschichte

Ratsmitglied Szeppke weist noch einmal auf die erfolgreiche Präsentation für den dritten Band der Bücher zur Hohner Dorfgeschichte hin. Es sind noch Bücher vorhanden, die verkauft werden

können.

c) Flurbereinungsverfahren

Ratsmitglied Hentschel weist auf die Veröffentlichung in den Amtsblättern zum Flurbereinungsverfahren in Eldingen und Scharnhorst hin. Er stellt die Frage, warum Flächen aus Hohne hier einbezogen wurden. Die Verwaltung erklärt, dass dies daran liegt, dass Tauschflächen für die herausgetauschten Landwirte aus dem Raum zur Verfügung gestellt werden mussten. Dies erfolgt im Regelfall über Bestandsflächen der NLG oder möglicherweise andere zu erwerbende Flächen. Deshalb sind auch zwei Grundstücke in der Gemeinde Hohne betroffen.

d) Baum Drosselweg/Ecke Neue Straße

Ratsmitglied Wiegmann weist darauf hin, dass ein Baum, der an der Ecke Drosselweg/Neue Straße steht, eingegangen ist. Es wird nach kurzer Diskussion vereinbart, dass Herr Wiegmann den Baum entfernt.

e) Gehweg Spechtshorn

Ratsmitglied Trumann weist darauf hin, dass der Gehweg in Spechtshorn zurückgebaut worden ist. Er fragt nach der Höhe der Kosten. Ratsmitglied Hentschel erklärt, dass die Kosten 2.900 € betragen haben. Dafür ist allerdings auch schon Mutterboden angefahren und ein Teil des Seitenraumes reguliert worden.

f) Oesinger Weg

Ratsmitglied Trumann fragt danach, warum mit der Reparatur am Oesinger Weg aufgehört worden ist. Ratsmitglied Hentschel erklärt, dass die Mittel für die Reparatur erschöpft sind.

g) Tempomessgerät

Ratsmitglied Rohde fragt danach, wie jetzt weiter mit dem Tempomessgerät verfahren wird. Die Verwaltung erklärt, dass, sofern Anmeldungen aus den Gemeinden vorhanden sind, diese in einer Liste eingestellt werden und dann nacheinander abgearbeitet werden.

h) Logo

Ratsmitglied Rohde weist darauf hin, dass seinerzeit vereinbart worden ist, dass Logo für Hohne auf dem Briefkopf der Gemeinde Hohne mit einzubinden. Dies wird noch erfolgen.

i) Neubürgerbegrüßung

Ratsmitglied Alpers fragt danach, ob die Neubürgerbegrüßung nicht mehr durchgeführt wird. Bürgermeister Thölke erklärt, dass er bisher keine Listen von der Verwaltung erhalten hat. Die Angelegenheit wird geklärt.

j) Plan Neubaugebiet

Ratsmitglied Alpers fragt danach, ob es Änderungen bzw. Neuerungen zum Plan für das Neubaugebiet in Helmerkamp gibt. Die Verwaltung erklärt, dass bisher keine weiteren Änderungen geplant sind.

k) Beleuchtung

Ratsmitglied Alpers weist darauf hin, dass zwei Langfeldleuchten in der Straße An den Buchen defekt sind. Die Verwaltung erklärt, dass Ersatzteile für diese Leuchten nicht mehr vorhanden sind. Die Samtgemeinde hatte seinerzeit den kompletten Bestand an Ersatzteilen aufgekauft, der jetzt aber mittlerweile erschöpft ist. Hier müsste die Klärung herbeigeführt werden, ob neue Leuchten aufgestellt werden sollen.

l) Schulweg

Ratsmitglied Szeppke weist darauf hin, dass im Zugangsbereich zur Schule vom Schulweg aus noch Löcher in der Fahrbahn vorhanden sind.

m) Beleuchtung

Ratsmitglied Rohde verweist auf die umfangreichen Ausarbeitungen von Herrn Klank zum Thema „Erneuerung der Ortsbeleuchtung“. Zudem verweist er darauf, dass durch dieses Konzept der Sinn der Regelung eigentlich ins Gegenteil verkehrt wird. Es werden zukünftig deutlich mehr Leuchten aufgestellt und damit trotz energieeffizienterer Leuchten mehr Strom verbraucht, als zuvor. Damit dürfte auch die CO₂-Belastung eigentlich steigen. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, warum dieses Projekt so durchgeführt werden muss. Die Verwaltung erklärt, dass Ausgangspunkt nicht die nicht DIN-gerechte Beleuchtung in den kleineren Orten ist, sondern die Beleuchtung, die DIN-gerecht in größeren Städten oder auch in anderen Kommunen aufgebaut wurde. Hier ergeben sich selbstverständlich Einspareffekte in nicht unbeträchtlicher Höhe.

n) Straße Am Schwimmbad

Ratsmitglied Krösmann fragt danach, ob die Absätze in der Kurve in der Straße Am Schwimmbad noch saniert werden. Dies ist seinerzeit im Bauausschuss besprochen worden. Ratsmitglied Hentschel erklärt, dass dies erfolgen wird, wenn noch Geld im Jahr 2009 verfügbar ist. Wenn nicht, würde dies erst im Jahr 2010 vorgenommen.

Nachdem weitere Anfragen und Mitteilungen nicht mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Thölke den öffentlichen Teil der Sitzung und führt die **Einwohnerfragestunde** durch. Es werden noch Hinweise gegeben.

Nach einer Sitzungsunterbrechung und nachdem die Zuhörer den Beratungsraum verlassen haben, eröffnet er den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Thölke
Bürgermeister

Warncke
Gemeindedirektor
zugleich Protokollführer